

(Ministerpräsident Oettinger)

*ten und langjährigen ehrenamtlichen Engagements der Umweltverbände, sondern auch eine Chance, der rasant wachsenden Naturentfremdung von Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken.*

Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Diese Aussagen sind hundertprozentig korrekt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Was für den Naturschutz gilt – ich nehme den Schwäbischen Albverein, den Schwarzwaldverein, den BUND hinzu –, gilt genauso für Musik und bildende Kunst, gilt genauso für die moderne Arbeitswelt, für Betriebsräte, Handwerksmeister und Unternehmer und gilt für den Sport zuallererst. Im Sport wird das nämlich flächendeckend in Baden-Württemberg jeden Nachmittag und jeden Abend mit Ballsport, mit Turnen und anderen Sportarten erprobt.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Diesen Weg wollen wir jetzt mit allen besprechen. Ich lade Sie ein, an dem Gespräch teilzunehmen. Wenn Sie nicht mitmachen, schließen Sie sich aus der gesellschaftlichen Entwicklung Baden-Württembergs automatisch aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Sie haben das Thema Privatschulen angemahnt. Auch dazu zwei konkrete Aussagen, die von uns beiden vereinbart sind: Wir werden, wie im Landtag beschlossen – das ist ein halbes Jahr her –, noch in dieser Legislaturperiode im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten als mittelfristiges Ziel das Bruttokostenmodell als ein objektives Rechenmodell zur Ermittlung der vollen Kosten eines Schülers, einer Schülerin an privaten Schulen im Privatschulgesetz verankern.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Was heißt „mittelfristig“?)

– Kurzfristig in das Gesetz, mittelfristig als Ziel.

(Abg. Zeller SPD: In zehn Jahren?)

– Sie wissen als erfahrener Parlamentarier, Kollege Zeller, dass „mittelfristig“ eher fünf als zehn Jahre bedeutet.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das haben Sie ja abgelehnt!)

Jetzt konkret zu der Höhe der prozentualen Förderung, die wir leisten. Wir haben mit diesem Haushalt die Mittel für einige Schularten etwas gekürzt. Wir haben bei den privaten Gymnasien, die nach dem alten Berechnungsmodell auf einen Fördersatz von 82 % kamen, die Förderung auf 80,5 % gekürzt. Dennoch liegen die privaten Gymnasien und damit auch die Waldorfschulen im Vergleich zu anderen Schulen bei der prozentualen Förderung noch immer ganz vorn.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Wir haben noch ein Zweites gemacht: Wir haben mit mehr Geld und über Umschichtungen den Fördersatz bei privaten Berufsschulen und anderen Schularten von unter 60 % auf

über 70 % erhöht. Damit haben wir erreicht, dass diese Träger eine Zukunft haben und nicht schließen müssen. Das gilt zum Beispiel für kirchliche Träger in Baden-Württemberg.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Genau!)

wenn es um Kinderbetreuungs-ausbildung geht. Diesen Weg setzen wir fort. Für jeden Schüler werden derzeit mindestens 70 % bezahlt. Für einige Schüler liegt der Fördersatz bei 78 und 80 %. Wir wollen im Zuge des Rückgangs der Schülerzahlen in Stufen erreichen, dass ein Satz von 80 % das Maß unserer Förderung ist. Ich möchte behaupten – das ist schon jetzt absehbar –, dass dann kein anderes Land den Privatschulen ein so guter Partner ist wie das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zum Dritten: die Energiepolitik. Ich kämpfe bei der Energiepolitik um Arbeitsplätze, um Wertschöpfung, um Steuereinnahmen, um Sicherheit – egal, um welches Unternehmen in der Energiewirtschaft es sich handelt. Jeder Arbeitsplatz bei jedem Betrieb ist mir gleichermaßen lieb. Da aber die Energie Baden-Württemberg der deutlich größte Arbeitgeber ist, bestand hier Vorrang, damit die Entscheidung über alle künftigen Fragen im Grunde nicht in Paris getroffen wird. Das wissen Sie, oder Sie wissen es noch nicht.

Da besteht ein Dissens zwischen SPD und Grünen.

Ich halte es für richtig, dass mittel- und langfristig ein Börsengang erreicht wird, sodass die Energie Baden-Württemberg nicht allein durch die OEW und die EdF getragen wird, sondern ein lukratives Unternehmen wird, an dem sich der Aktionär beteiligt. Ich glaube, dass das Ziel, nämlich die Zahl von 30 % Privataktionären, wie es vor fünf Jahren beabsichtigt war, in fünf Jahren durch unsere Bemühungen erreicht werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Damit klar ist: Das geht, wenn die EdF auf Bezugsrechte verzichtet, damit nicht, über die Börse aufgekauft, eine Übernahme möglich wird.

Dann wird gesagt, die Kraftwerke in Baden-Württemberg seien nicht mehr auf dem aktuellen Stand der Technik. Man spricht von „Neandertalern“ und Ähnlichem. Wissen Sie, die Endlagerung von Restprodukten aus den Kernkraftwerken bleibt eine Aufgabe, egal, wie lange Kernkraftwerke in Deutschland noch Strom produzieren.

(Abg. Wieser CDU: So ist es! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das könnte gelöst sein!)

Wenn man die Kernkraftwerke morgen schließen würde, dann wäre das genauso schwierig, wie wenn man noch 20 oder 30 Jahre lang in Kernkraftwerken Strom erzeugen würde.

(Abg. Drexler SPD: Trotzdem!)

Deswegen ist die Entsorgung und die Endlagerung kein Argument dafür, jetzt dichtzumachen. Das wäre vor 40 Jahren